

Hamburger

China-Notizen

- Von einem nächtlichen Schreibtisch -

NF 819

10. August 2013



Kafkaeskes China

Journalistenpreise gibt es seit einigen Jahren in Hülle und Fülle, und die Verbindungen zwischen Stiftern, Juroren und Ausgezeichneten sind so vielgestaltig, daß solchen Preisen oft ein „Geschmäckle“ eignet, manchmal mehr.

Einen Preis für ausgezeichnete Chinaberichterstattung gibt es anscheinend noch nicht, nicht einen, den eine wenigstens halbwegs unverfängliche deutsche Institution ausgelobt hätte, auch nicht einen, den – und dann hoch dotiert – eine Institution der VR China in Leben gerufen hätte.

Ein solcher Preis könnte für zweierlei verliehen werden – eine über Jahre hinweg vorzügliche Berichterstattung aus oder über China oder einen besonders bemerkenswerten Beitrag im Jahr der Preisverleihung. Für den ersten Preis hätte der Berichterstatter mehrere Kandidaten oder Kandidatinnen, für den Preis über einen aktuellen Beitrag stände der hier abgebildete Artikel in der FAZ vom 28. Juni 2013 sicher ganz oben auf einer Liste.

Schon die Überschrift „Das Amt“ klingt nach Kafka, aber der umfassend recherchierte Artikel

verstärkt diesen Eindruck und macht dieses Amt und damit Verbundenes zugleich zum Sinnbild für Bürgerrechte im KP-China. „Staatsamt für Briefe und Besuche“ heißt es und liegt im Süden von Peking, inmitten von modernen Wohnanlagen. „Nach außen hin verwaltet das Amt“, schreibt Mark Siemons, „ein Petitionssystem, wie es als moderner Ersatz einer funktionierenden Gewaltenteilung“ schon im kaiserlichen China, auch in anderen totalitären Herrschaften jüngerer Zeit institutionalisiert gewesen sei.

Schon die legendären weisen und humanen Herrscher der Urzeit hätten solche Möglichkeiten zu Beschwerde – auch gegen sich selbst – geschaffen, um dem Unmut von Menschen, die sich gegen Herrschaftspraktiken wenden wollten, ein Medium zur Artikulation zu bieten.

Von solchen legendären Anfängen abgesehen, im kaiserlichen China bildete das Petitionswesen neben der Mediation ein wichtiges Element der Staats- und Rechtsordnung, das auf allen Ebenen des Staates eingesetzt wurde – in den Landkreisen, bei den übergeordneten Provinzen, schließlich in der Reichsverwaltung, vor allem bei den Zensoren für die Überwachung der Beamenschaft. Unter idealen Umständen, wozu eine integre Beamenschaft gehörte, konnte das traditionelle Petitionswesen behördliche, auch richterliche Willkür ausgleichen oder zumindest begrenzen, doch meistens erlaubten die Umstände bloß, daß über solche Petitionen, für die und deren Behandlung natürlich auch Vorschriften existierten, bloß Auswüchse behördlicher Willkür beschränkt wurden.

Trotzdem blieb diese Institution im Bewusstsein der Menschen lebendig. Sonst hätte die VR China sich ihrer nicht bedient, tat das dann aber auch im Rahmen der Bekämpfung von Korruption und Willkür, wofür die Zahl der gegen eine Behörde gerichteten Petitionen ein Gradmesser wurde. Das nun beflügelte wiederum den nach 1980 erwachten Unternehmergeist vieler Chinesen, und sie schufen die neu- und einzigartige Institution von „Petitionsverhinderungsfirmen“, die gegen stattliches behördliches Honorar Petenten weit vor dem Amt in Peking auflauern und sie in „schwarzen Gefängnissen“, billigen Hotels oft, einlochen lassen.

Mark Siemons hat für „Das Amt“ sorgfältig recherchiert und beschreibt dieses System voll kafkaesker Absurditäten trotzdem zwar anschaulich, aber ohne billige Häme. Diesem Artikel sind wegen seiner Mustergültigkeit in vieler Hinsicht viele Chinainteressierte als Leser zu wünschen. Hoffentlich widmet Siemons weiteren kafkaesken Erscheinungsformen des Lebens im gegenwärtigen China nächste Artikel.